

Antrag „Erklärung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bei früherer Mitgliedschaft in Organisationen und Gruppierungen der Unvereinbarkeitsliste (UVL)“

Der Landesparteitag möge beschließen:

Bei Aufnahmegesuchen von Menschen, die früher Mitglieder von Gruppierungen und Organisationen waren, die bislang auf der sogenannten Unvereinbarkeitsliste der Partei stehen, soll die in § 2 Abs. 4 der Bundessatzung vorgesehene Aufnahme durch den Landesvorstand an ein vom Antragsteller zu unterzeichnendes Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung geknüpft werden.

Begründung:

Die meisten Menschen erleben im Laufe ihres Lebens einen Wandel ihrer politischen Einstellung. Wer in der Alternative für Deutschland mitwirken will, sollte dies tun dürfen. Allerdings verschließt die bisherige Unvereinbarkeitsliste für viele den Weg in die Partei, die früher Mitglied in einer der in der UVL genannten Organisationen waren, obwohl sie mittlerweile fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen und den Kampf der AfD für Bürgerrechte, Meinungsfreiheit, Rechtsstaat und direkte Demokratie unterstützen wollen.

§ 2 Abs. 4 der Bundessatzung ermöglicht dem Landesvorstand die Aufnahme von Menschen, die früher einer Organisation auf der UVL angehörten. Allerdings wird diese Möglichkeit bisher nur sehr selten genutzt. Das in Zukunft erforderliche Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung soll dazu dienen, die Entscheidung zur Aufnahme der Betroffenen einerseits transparenter zu machen und andererseits zu normalisieren. Jeder, der in der AfD Mitglied werden will, sollte ohne weiteres bereit sein, sich zu den Grundwerten der Partei zu bekennen.

Die in der Bundessatzung vorgesehene Einzelfallprüfung bleibt selbstverständlich bestehen.

Die „Unvereinbarkeitsliste“ wurde von der Partei in weiten Teilen aus Beobachtungslisten des sogenannten Verfassungsschutzes übernommen. Damit bestimmt der von den demokratiefeindlichen Altparteien dominierte Staatsapparat direkt, wer in die Partei aufgenommen werden darf und wer nicht.

In Zukunft wird klargestellt, daß jedes Mitglied mit einer Vergangenheit in einer der auf der UVL stehenden Gruppierungen sich klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und damit zu den Werten der AfD bekennt. Die AfD wird damit jedem Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit den Wind aus den Segeln nehmen und Souveränität im Umgang mit dem parteiengesteuerten „Verfassungsschutz“ zurückgewinnen.

Antragsteller:

Simon Kuchlbauer (Mitgliedsnummer: 10569430)

Paul Traxl (Mitgliedsnummer: 10570460)

Jörg Rudnick (Mitgliedsnummer: 10688126)

Linda Amon (Mitgliedsnummer: 10569430)

Markus Möritz (Mitgliedsnummer: 10665420)
Helmut Brugger (Mitgliedsnummer: 10675188)
Uwe von Faltin (Mitgliedsnummer: 10622049)
Dr. Wolfgang Köbele (Mitgliedsnummer: 00000708)
Felix Imgart (Mitgliedsnummer: 10649488)
Friedemann Imgart (Mitgliedsnummer: 10649489)
Marcus Schülke (Mitgliedsnummer: 10639227)
Marina Flicker (Mitgliedsnummer: 10616971)
Stefan Soder (Mitgliedsnummer: 10646198)
Salvatore Luca (Mitgliedsnummer: 10680305)
Andreas Reuter (Mitgliedsnummer: 10623884)
Manfred Netz (Mitgliedsnummer: 10586643)
Andreas Dörfler (Mitgliedsnummer: 10637097)